

Appell an die FDP

Christian Lindners Vorstoß zu einer provisorischen Anerkennung der Annexion der Krim durch Russland lässt vermuten, dass er im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im September Ansprüche auf das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland anmelden wollte.

Und wenngleich er damit die Tradition der FDP fortsetzt, bei schwarz-gelben Koalitionen das Auswärtige Amt zu besetzen, macht er doch dabei einen großen Denkfehler. Zwar kann man als deutscher Außenminister viel Lob und Anerkennung erfahren, aber die Außenpolitik wird de facto im Kanzleramt geführt. Viel wichtiger und einflussreicher ist mittlerweile das Finanzministerium, in welchem über die Budgets und somit die Prioritäten des Staates entschieden wird. Da sich die FDP als Partei mit wirtschaftspolitischer Kompetenz begreift, wäre es Herrn Lindner dringend anzuraten, von den alten Amtsmustern der FDP abzukommen und stattdessen die Übernahme des Finanz- und zugleich des Wirtschaftsministeriums anzustreben. Es sind diese beiden Ressorts, die den größten Reformbedarf aufweisen und wo die FDP Größeres zum Wohle der Allgemeinheit bewegen könnte. Im Sinne einer Anpassung der Verwaltungskapazitäten an die schrumpfende Bevölkerungszahl in Deutschland erscheint eine Zusammenlegung beider Ministe-

rien für Finanzen und Wirtschaft sinnvoll. Dieser Befund wird zusätzlich dadurch genährt, dass das Wirtschaftsministerium seit Jahrzehnten einen schleichenden Bedeutungsverlust erlitten hat. Ordnungspolitik und marktwirtschaftliche Prinzipien sind seit der



Ägide Ludwig Ehrhards in der Defensive (man beachte z.B. die gegenwärtigen Vorstellungen zur Lenkung der Automobilindustrie). Stattdessen verzeichnet Deutschland seit langem ein kräftiges Sozialstaatswachstum - und wenn man sich die Programme aller heute im Bundestag vertretenen

Parteien ansieht, dann setzt man dort vor allem auf den zügigen Ausbau des ohnehin schon riesigen Umverteilungsstaates.

Genau an dieser Stelle stößt die FDP auf eine politische Marktlücke, die von keiner anderen Partei besetzt werden kann. Während alle anderen Parteien sich in der Erfindung staatlicher Wohltaten wie Mietpreisbremse oder, Rente mit 63, überbieten, könnten die Liberalen sich als Partei wirtschaftlicher Vernunft positionieren und die verschmähten Themen Steuer- und Abgabenlast sowie Altersvorsorge angehen. Die Mehrwertsteuer sollte nicht zuletzt aus sozialen Gründen glatt halbiert werden. Bei der Altersvorsorge müsste eine Versicherung gegen Altersarmut genauso verbindlich vorgeschrieben werden wie eine Krankenversicherung. Nur trägt die Versicherung gegen Altersarmut den Namen „Aktienfonds“!

Es lässt sich nicht länger verkleistern: Nur indem jeder Bürger – und zwar von Geburt an – monatlich in Aktienfonds anspart, lässt

sich eine zukunftstaugliche zweite Säule im deutschen Rentensystem etablieren. Dazu ist es notwendig, dass etwa nach der Geburt eines Kindes jeden Monat mindestens 25 Euro vom staatlichen Kindergeld in ein Aktienfondsdepot für dieses Kind fließen, sodass die kommenden Generationen nicht das Altersarmut-Schicksal der gegenwärtigen Generationen teilen müssen.

Die FDP muss mit dem in der deutschen Bevölkerung weit verbreiteten Vorurteil brechen, die Beteiligung am Produktivvermögen sei viel zu riskant. Alle mir bekannten Auswertungen belegen das Gegenteil. Selbst die deutsche Bundesbank kommt zu

dem Schluss, dass nur die Beteiligung am Produktivvermögen der Wirtschaft – sprich Aktien – langfristig einen auskömmlichen realen Vermögenszuwachs ermöglicht. Damit es aber soweit kommt, muss es die FDP zu einer Priorität machen, endlich die steuerliche und regulatorische Bevorzugung von Zinsanlagen zu beenden. Wenn es auf dem Gebiet der Altersvorsorge nicht gelingt, aus Betroffenen Beteiligte zu machen, dann wird Deutschland in puncto Wohlstand noch weiter gegenüber vergleichbaren Industrieländern (USA, Großbritannien, Japan, Schweiz etc.) zurückfallen. Der geringe Immobilien- und Aktienbesitz der Deutschen deutet auf eine extreme Sachwertfeind-

lichkeit hin, die überhaupt nicht zur kulturell tief verwurzelten Angst der Deutschen vor der Inflation passt. Auf diesem Feld findet die FDP lohnende Betätigungen. Man kann nur dringend hoffen, dass Herr Lindner dies angesichts des Versagens der CDU und der SPD auf dem Gebiet des Volkswohlstands sieht und nicht etwa auf das gemütliche Außenamt schießt.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns